

Zweitausendzweihundzwanzig ... die überleben wollen ist ein Science-Fiction-Klassiker aus der Hochzeit der Umweltbewegung. 1973 gedreht, blickt der Film ein halbes Jahrhundert in die Zukunft und schildert eine Welt in den zwanziger Jahren des 21. Jahrhunderts, in dem das Ökosystem total zerstört ist. Richtige Pflanzen kann man in New York nur noch in einem Gewächshaus bestaunen. Oder man begibt sich in eine Sterbeklinik, wie Edward G. Robinson, der Charlton Hestons Filmvater mimit und der die Wälder noch real erlebt hat. Lebensmüde von der grauen Realität, lässt sich Robinson im Hospiz sanft einschläfern – während er sich ein letztes Mal an übergroßen Videobildern von Bäumen und bunten Blumen berauscht. Damals als desillusionierende Anklage gedacht, kann die Vorauschau heute nicht mehr als schlichte Fiktion abgetan werden – insbesondere wenn man sich die Situation der Regenwälder vergegenwärtigt.

Holz: Kein Mittel gegen Armut

»Seit 1945 wurde die Hälfte der Regenwälder vernichtet«, sagt Simon Counsell, Chef der von Musiker Sting gegründeten Rainforest Foundation. Und die dramatische Vernichtung schreitet – fernab der (Medien-)Öffentlichkeit – unaufhaltsam und immer schneller voran. »Mittlerweile werden pro Jahr 150.000 Quadratkilometer tropischeren Waldes dem Erdboden gleich gemacht, was der Fläche Englands und Wales entspricht«, so Counsell. Und wie Studien belegen, tragen Organisationen wie die Weltbank sogar zur Zerstörung der Wälder bei. Zugleich haben es die Mächtigen versäumt, das Problem an der Wurzel zu packen und streng nachhaltige Kriterien an die Land- und Holzwirtschaft anzulegen.

»Allen Versprechungen zum Trotz ist die Weltbank weiterhin Hauptakteur bei der Vernichtung der Wälder und der Enteignung und Verarmung der Waldvölker«, fasst Ricardo Carrere von der World Rainforest Movement die Ergebnisse der aktuellen unabhängigen Studie *Broken Promises* zusammen. Und Counsell, dessen Rainforest Foundation ebenfalls an der Erstellung der Untersuchung beteiligt war, ergänzt: »Die Weltbank ist nicht einmal in der Lage, ihre eigenen Vorgaben für den Waldschutz – ihre »Forest Safeguard Policy« – umzusetzen.« Weltbank-Sprecherin Laura Ivers ließ indessen verlautbaren, das Ziel sei nach wie vor, »die Wälder effektiver ins Konzept der nachhaltigen Entwicklung zu integrieren und das Potenzial der Wälder zu nutzen, um Armut nachhaltig zu reduzieren. Doch Beweise dafür, dass dies gelingt, gibt es nicht – und wurden von der Weltbank auch nicht erbracht. Auch liegen bislang keine Belege dafür vor, dass sich in Ländern wie Kamerun, Kongo, der Demokratischen Republik Kongo, Gabun, Peru oder Kambodscha, in denen sich die Weltbank für industrielle Abholzung engagierte, die Armut verringert hat und die Waldvernichtung gestoppt wurde.

Auch die Bundesregierung, die nach eigenen Angaben »als eines der wichtigsten Mitglieder der Weltbank entscheidenden Einfluss auf deren Politik- und Programmgestaltung nimmt«, hat diese Entwicklung nicht umlenken können. Zwar proklamiert das Umweltministerium, dass die fortschreitende Vernichtung der Regenwälder eines der drängendsten Umweltprobleme weltweit sei. Unsere Generation werde Augenzeuge, »wie die letzten tropischen Urwälder der Erde, in denen 50 bis 90 Prozent der wissenschaftlich beschriebenen Tier- und Pflanzenarten leben, in einem atemberaubenden Tempo vernichtet« werden.

Palmöl, Soja, Rinder

Um dem entgegenzuwirken, müsste zunächst der industriellen Land- und Plantagenwirtschaft – ein Hauptursachen für den Regenwald-GAU – Einhalt geboten werden. In Südostasien etwa fressen sich unerbittlich mehrere 1.000 Quadratkilometer große Palmöl-Plantagen in die Wälder – mitfinanziert mit Krediten von deutschen Banken und abgesichert durch staatliche Hermes-Bürgschaften. Das Palmöl gelangt in Kosmetika oder Lebensmittel, die vorab in den reichen Ländern konsumiert werden. In Brasilien wiederum ist allein zwischen 1990 und 2000 die Zahl der Rinder von 26 auf 57 Millionen gestiegen. Die dabei von Regenwald in Weideland umgewandelte Fläche entspricht einer Fläche, die zweimal so groß ist wie Portugal. Experten des Center for International Forestry Research (CIFOR) sprechen von einer »skyrocketing«, einer raketenhaften Entwaldungsrate. Größter Fleisch-Abnehmer ist die EU, deren Anteil am Kauf brasilianischen Fleisches zwischen 1990 und 2001 von 40 auf 74 Prozent stieg.

Was Wald- und Viehwirtschaft nicht schaffen, vollenden die brasilianischen Sojafarmer, die nach Aussagen der Regenwald-Aktivisten »zur schlimmsten Zerstörungsgangart anantren, seit es im Amazonas Menschen gibt«. Bestätigt wurde deren Einschätzung im Mai auf einem UN-Forum in New York, auf dem es hieß, »dass sich die Entwaldungsrate im brasilianischen Amazonas auf Rekordniveau bewegt« – auch Dank des von der Weltbank ge-



Für die Lebens- und Waschmittelindustrie breiten sich Ölpalmplantagen auf Kosten der noch vorhandenen Wälder aus

Torsten Engelbrecht

Hackfleisch aus dem Regenwald

INDUSTRIELLE ABHOLZUNG ■ Seit 1945 wurde die Hälfte der Regenwälder vernichtet, und ein Ende ist nicht absehbar, obwohl die Bundesregierung und die EU zumindest den illegalen Holzschlag stoppen wollen

förderten Sojaanbaus. Sojafarmer haben bereits große Teile der Savanne und des Übergangs zum Regenwald im Bundesstaat Mato Grosso im südlichen Amazonas in eine grüne Monokultur aus Sojabohnen verwandelt – und sie rücken unaufhaltsam gen Norden vor.

Nur die demarkierten Schutzgebiete der Indianer blieben bislang verschont, doch sind sich zu kleinen Waldinseln geschrumpft. Brasilien ist mittlerweile der größte Sojaexporteur der Welt und will seine Produktion verdreifachen. Seit 1995 hat das Land seine Soja-Exporte in die EU von drei auf über 6,4 Millionen Tonnen mehr als verdoppelt. Sojaschrot ist bei uns das wichtigste eiweißhaltige Futtermittel in der Tiermast (vor allem in der Schweine- und Geflügelzucht). Rinderzucht und Sojaanbau, erklärt Joao Paulo Capobianco, rechte Hand von Umweltministerin Marina Silva, seien die größte Bedrohung des Regenwaldes.

Die Flächen im Innern des Amazonas-Gebietes, die für die Plantagenbetreiber (noch) zu unzugänglich sind, sollen nun in riesige Nutzungszonen eingeteilt werden, unter anderem für den »nachhaltigen« Holz einschlag. »Entgegen aller Behauptungen wird das den Entwaldungsprozess allerdings nicht unterbrechen, sondern dient nur dazu, den gigantischen Erschließungsmaßnahmen ein grünes Deckmäntelchen zu geben«, kritisiert Regenwaldexperte Clemens Laschke. So ist man seit Jahren zwar bestrebt, »Reduced Impact Logging« (RIL) in den Tropen zu etablieren, das heißt einzelne Bäume sollen auf besonders schonende Weise aus dem Wald extrahiert werden. Einschlägige Studien belegen jedoch, dass nach wie vor destruktive Einschlag-Praktiken dominieren, nicht zuletzt, weil die für RIL notwendigen Kontrollmöglichkeiten fehlen. Davon abgesehen muss selbst bei sorgfältigem, nachhaltigem Holzschlag in der Regel schwerstes Gerät eingesetzt werden, um die Baumriesen durch den Urwald zu ziehen, was deutliche Spuren hinterlässt. Für den Zugang zu und den Abtransport der einzelnen Bäumen wiederum werden Straßen und Rückwege, die Tausende Kilometer lang sein können, benötigt – Wege, die anschließend in großem Stil auch von illegalen Holzhändlern, Farmern sowie Wildtierjägern genutzt werden. Und schon

kleinste Eingriffe hinterlassen, um umfassendere Studien des Smithsonian Tropical Research Institute (STRI) zeigen, in den Regenwäldern schwere Schäden.

Krieg um Land, Holz und Profit

Unterdessen hat die EU (unterstützt von der Bundesregierung) dem illegalen Holzeinschlag, der in vielen Ländern mit der Urwaldvernichtung einher geht, den Kampf angesagt. Doch Experten kritisieren heftig den vorgestellten Aktionsplan, weil er einseitig auf freiwillige Selbstverpflichtungen setzt. Doch gerade diejenigen, die illegal Bäume fällen, halten sich nicht an Gesetze und schon gar nicht an freiwillige Vereinbarungen. Laut Greenpeace herrscht in den Regenwäldern regelrecht »Krieg um Land, Holz und Profit«. Vertreibung von Urwaldvölkern, Bestechung, Sklaverei und Korruption seien an der Tagesordnung. Und das Bundesumweltministerium hält fest: »Wer sich von der indigenen Bevölkerung für den Erhalt der Wälder einsetzt, riskiert mitunter sein Leben.« Daher kann es nicht verwundern, dass selbst Tritts Ministerium nun einräumt, dass die Fortschritte im Kampf gegen den illegalen Holzeinschlag »bisher nicht zufriedenstellend« seien. Solche Fortschritte sind auch nicht zu erwarten, weil es an der zentralen Voraussetzung, das »illegal logging« einzudämmen, mangelt: funktionierende Rechtssysteme.

Ohnehin ist der Fokus der EU auf illegalen Holzeinschlag viel zu eng, trägt doch gerade die legale Abholzung massiv zur Waldvernichtung bei. Wozu beispielsweise benötigt ein niedersächsisches Geflügel-Fenster aus Meranti-Holz – Holz, das nicht einmal ein Siegel des Forest Stewardship Council (FSC) trägt? Und selbst wenn es ihn trägt: Welchen Wert hat das weltweit genutzte FSC-Siegel wirklich? Eingeführt 1993, wird es seither etwa von Greenpeace, dem WWF und seitens der Bundesregierung auch finanziell mitgetragen und von Pierce Brosnan beworben – es soll eine ökologisch verträgliche Produktionsweise garantieren. Doch Studien beweisen, dass selbst FSC-zertifizierte Firmen in illegale Rodungsaktivitäten oder Menschenrechtsverletzungen verstrickt sind. Davon abgesehen darf nach den FSC-Statuten der Holzeinschlag auch in Primärwäldern erfol-

gen und das FSC-Holz aus nicht-zertifizierten Wäldern stammen. Der 2002 vom Rainforest Foundation veröffentlichte Bericht (*Trading in Credibility – The Myth and Reality of the Forest Stewardship Council*) zeigt an neun Fallbeispielen, dass das FSC-Siegel nicht hält, was es verspricht, nämlich Holz und Papier aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung und wirtschaftlichen Wohlstand für die lokale Bevölkerung. Zwei der neun Zertifizierungen mussten mittlerweile sogar zurückgenommen werden. Bestätigt wurde diese Kritik auch von Pro Wildlife sowie einer Studie der Universität Heidelberg (www.uni-heidelberg.de/archiv/2975).

So lange aber nicht bewiesen ist, dass die – wie es im Fachjargon heißt – »wirtschaftliche Inwertsetzung des Waldes« dessen Erhalt gewährleistet, bleiben, wenn man die Regenwälder retten will, nur Importverbote für Produkte wie Tropenholz oder Palmöl. Eine Lösung wäre auch, die externen Kosten in die Produkte einzurechnen, also die Kosten, die nicht vom Erzeuger, sondern von anderen (inklusive nachfolgender Generationen) getragen werden. Dies wäre streng ökonomisch – ganz im Sinne des neoliberalen Ansatzes – und würde die Regenwaldprodukte drastisch verteuern. Dann würde die Welt auch realisieren, dass sie sich ihren Riesenappetit auf Fleisch – der, wie es Cifor ausdrückt, »Hackfleisch aus dem Regenwald macht« – einfach nicht leisten kann. Genau so wenig wie die seit Jahrzehnten kritisierte Vorgehensweise von Weltbank, USA und EU, einerseits die Holz- und Agrarindustrie zu hofieren, während die indigenen Völker, die seit Jahrtausenden mit dem Wald leben, ohne ihn zu zerstören, von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen bleiben.

Ein nachrückliches Umstern ist derzeit jedoch nicht in Sicht. Allein die Zahl der Schlachttiere soll sich bis 2020 noch einmal verdoppeln auf weltweit 100 Milliarden Stück pro Jahr, was den Landbedarf in die Höhe treibt. Und so kommt William Laurance vom STRI im Fachblatt *Science* auf Barance einer umfassenden Studie zu dem Schluss, dass um das Jahr 2020 vom Amazonas-Regenwald so gut wie nichts mehr unberührt und fast die Hälfte sogar zerstört sein wird – was der Vision, die in 2022 vorgeführt wurde, schon recht nahe kommt. ■

Ulrike Baureitbel

Kampf ums Herz

ZÜRCHER TRANSPLANTATIONS-KRIMI ■ Warum musste Rosmarie V. sterben?

Es ist kaum ein halbes Jahr her, dass drei Menschen ihr Leben lassen mussten, das wiederum den Tod eines Anderen voraussetzt: Die Rede ist von den drei Opfern, die nach der Übertragung eines mit Tollwut infizierten Organs starben. Zu den rituellen öffentlichen Übungen gehört dann der Ruf nach »Aufklärung«, als ob diese die Menschen wieder lebendig machen könnte.

Ein Kabinettstück dieser Art lässt sich derzeit in der Schweiz verfolgen. Dort starb im April 2004 die Patientin Rosmarie Voser nach einer Herztransplantation am Zürcher Universitätsspital, weil – so schien es zunächst – versehentlich die Blutgruppe der Patientin vertauscht und das implantierte Organ abgestoßen worden war. Brisant war der Fall schon damals, weil die Patientin während der Wartezeit auf das Herz von einem Filmteam begleitet wurde und die damit verbundene Unruhe möglicherweise zu dem folgenreichen Irrtum geführt haben könnte.

Die mit der Untersuchung des Falles beauftragte Staatsanwaltschaft ermittelte über ein Jahr, ohne konkrete Ergebnisse vorzulegen. Auch die Verantwortlichen der Klinik hüllten sich in Schweigen, bis schließlich Journalisten den Fall recherchierten und der Verdacht aufkam, dass der Patientin gar nicht irrtümlich, sondern bewusst ein »falsches«, das heißt unverträgliches Herz eingepflanzt worden war. Die Zürcher Staatsanwaltschaft sah sich Mitte Juni schließlich veranlasst, die Ermittlungen auf den Tatbestand der »eventualvorsätzlichen Tötung« auszuweiten. In Verdacht steht der mittlerweile in Ruhestand getretene Herzchirurg Marko Turina und die in der betreffenden Nacht diensthabende Team.

Doch was könnte einen international renommierten Herzspezialisten bewegen haben, ein Experiment anzuhängen, das bewusst das Leben einer Patientin aufs Spiel setzt und deren Tod billigend in Kauf nimmt? Wollte sich eine medizinische Koryphäe noch einmal ein Denkmal setzen, indem sie bewies, dass ein eigentlich inkompatibles Herz zum Schlagen zu bringen ist? Oder steht der Zürcher Transplantations-Krimi in Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um konkurrierende Medizinstandorte, Beratungspraxen und politische Seilschaften?

Auffällig ist jedenfalls, dass zu der Zeit, als der unglücklichen Rosmarie Voser ein »falsches« Herz verpasst wurde, in der Schweiz der Kampf um den Zuschlag für Herztransplantationen tobte. Auch die Schweiz beabsichtigt, die Spitzenmedizin auf Kompetenz-Zentren zu konzentrieren. Beim Standortgerangel geriet das Zürcher Universitätsspital zunehmend ins Hintertreffen und war im Begriff, die renommierten Herztransplantationen zu verlieren. Zwischen Bern und Zürich begann eine absurd anmutende Abwerbekampagne um den Starchirurgen Thierry Carrel: Bern wollte ihn halten, um den »Standort« zu verteidigen, Zürich den »Standort« erhalten, indem es Carrel als Nachfolger für Turina ins Rennen schickte. Carrel blieb schließlich in Bern, und in Zürich gibt es, seitdem der »Fall Voser« öffentlich wieder aufgerollt wird, Ärger um die »intransparenten« Berufungsverfahren von Medizinprofessoren, die »immer noch im System der alten Seilschaften« durchgeführt würden, wie die grüne Zürcher Gesundheitsdirektorin Verena Diener kritisiert. Bis der »Fall Voser« geklärt ist, wird es in Zürich keine Herzverpflanzungen mehr geben.

Ob die verpflante Herzoperation in ursächlichem Zusammenhang mit dem Standort-Wettstreit steht und Turina Zürich mit einer »sensationellen« Aktion, die erhebliche Auswirkungen auf den »Organmarkt« gehabt hätte, in die medizinischen Schlagzeilen bringen wollte, wird wohl nie mehr aufzuklären sein. In Bern immerhin war Jahre zuvor – allerdings unter völlig anderen Umständen – etwas Ähnliches geschehen. Die Zürcher Transplantations-Posse, die für die Patientin zur Tragödie wurde, weist jedoch weit über den lokalen Anlass hinaus. Wissenschaft – und insbesondere Spitzenmedizin – in Verbindung mit Marktprinzipien ist ein gefährliches Amalgam. Dass die Medizin seit ihrer Entstehung mit Menschen experimentiert, ist wahrlich nichts Neues. Aber wenn diese Experimente nicht der medizinischen (die sich ebenfalls kritisieren ließe), sondern vorab der ökonomischen Vernunft gehorchen, dann möchte man sich mit Hans Jonas wünschen, keinem Arzt zu begegnen, der einem zum Henker wird. ■